

Public Affairs-Umfrage 2009 - Zusammenfassung

Publicis Consultants | Deutschland hat in den Monaten Oktober/November 2009 zum achten Mal die jährliche Public Affairs-Umfrage durchgeführt. Dabei nahmen von über 100 angeschriebenen Public Affairs-Entscheidern großer Unternehmen in Deutschland mehr als 30 zur politischen Situation nach der Bundestagswahl 2009 sowie zu Trends in der Public Affairs-Branche Stellung.

Im Fokus der schriftlichen Befragung stand eine abschließende Beurteilung der Großen Koalition, die Erwartungen an die neue Bundesregierung, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Public Affairs-Branche sowie Fragen zum öffentlichen Ansehen der Public Affairs-Branche und zu allgemeinen Trends und Entwicklungen der Public Affairs.

Im ersten Teil der Befragung wurde nach der Zufriedenheit der Public Affairs-Verantwortlichen mit der vormaligen Regierung sowie den Erwartungen an die schwarz-gelbe Koalition gefragt. Auch zur Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen auf die Branche nahmen die Public Affairs-Entscheider Stellung. Zudem wurden erstmals auch Fragen zum Branchen-Image und den Auswirkungen eines möglichen Lobbyregisters nach EU-Vorbild abgefragt.

Der zweite Teil der Umfrage befasste sich mit Trends der Public Affairs, Instrumenten der politischen Kontaktpflege, der Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern sowie den Schwerpunkten der politischen Arbeit in der kommenden Legislaturperiode.

Die Befragung ergab folgende zentrale Ergebnisse:

- Abschließend **stellen die befragten Public Affairs-Entscheider der Großen Koalition ein wohlwollendes Zeugnis aus**. Knapp die Hälfte der Umfrageteilnehmer ist mit der Leistung der Regierung in der letzten Legislaturperiode zufrieden. Auch die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise werden von mehr als drei Viertel der Befragten positiv gewertet.
- Insgesamt sehen die befragten Public Affairs-Verantwortlichen zuversichtlich in die Zukunft. **Mehr als drei Viertel glauben an eine wirtschaftliche Erholung im kommenden Jahr. Gleichzeitig erwarten 40 Prozent, dass ihre Arbeit in der nächsten Legislaturperiode unter der schwarz-gelben Koalition leichter wird.**

- **Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise nehmen die Investitionen in Public Affairs zu.** So gab mehr als ein Drittel der Umfrageteilnehmer an, in diesem Jahr mehr in Public Affairs-Aktivitäten investiert zu haben. Nur etwa jedes zehnte Unternehmen reduzierte sein Public Affairs-Engagement.
- **Der möglichen Einführung eines nationalen Lobbyregisters nach EU-Vorbild sehen die Public Affairs-Entscheider gelassen entgegen.** Mehr als die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass sich die Einführung eines nationalen Lobbyregisters positiv auf das Ansehen der Branche auswirken würde. Einschränkungen in ihrer Arbeit erwarten die Public Affairs-Verantwortlichen dadurch nicht.
- **Knapp 60 Prozent der befragten Unternehmen greifen für ihre Public Affairs-Arbeit auf die Hilfe externer Dienstleister zurück.** In den meisten Fällen verläuft die Zusammenarbeit dabei auf Projektbasis. Zu den entscheidenden Kriterien bei der Auswahl des Dienstleisters zählen insbesondere dessen **Vernetzung** mit relevanten Entscheidungsträgern, dessen **Expertise im politischen Bereich und konkrete Erfahrungen mit dem Dienstleister**.
- Die **Wirtschaftspolitik** ist wie im Vorjahr das **wichtigste Politikfeld** für die Public Affairs-Verantwortlichen. Eine **wichtige Rolle** für die Interessenvertreter spielt zudem die **Forschungs- und Technologiepolitik**. Dagegen hat der Bereich **Umweltpolitik** erheblich an Bedeutung verloren.

Ergebnisse – Teil I, Block I

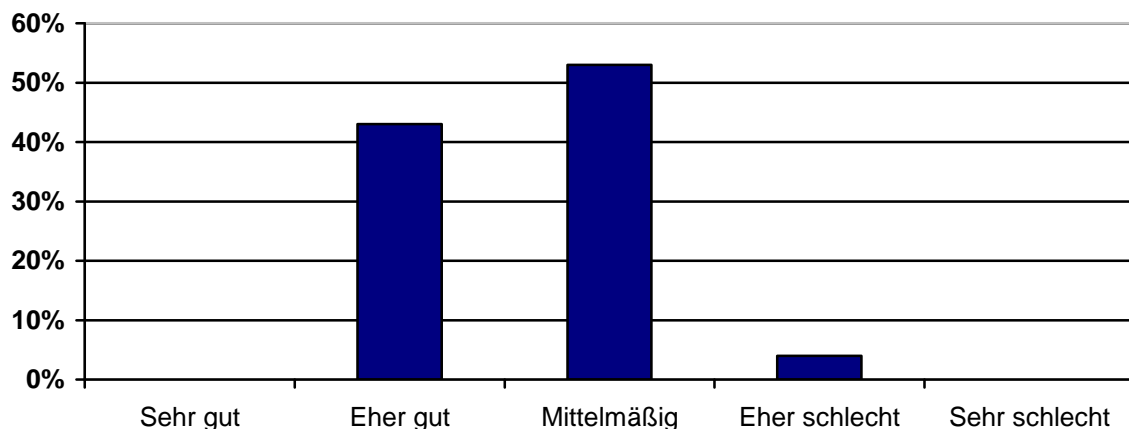
Im ersten Teil der Umfrage wurden die Public Affairs-Verantwortlichen um eine abschließende Einschätzung der Leistungen der großen Koalition gebeten. Außerdem antworteten die Interessenvertreter auf Fragen bezüglich der Erwartungen gegenüber der schwarz-gelben Bundesregierung.

Abschließende Bewertung der Großen Koalition

Frage: Wie beurteilen Sie abschließend die Leistungen der Großen Koalition in der letzten Legislaturperiode?

Nachdem sich ein Jahr vor Ende der Legislaturperiode (vgl. Public Affairs Umfrage 2008) Ernüchterung über die Große Koalition zeigte, **stellen die Public Affairs-Entscheider der Großen Koalition am Ende ein wohlwollendes Zeugnis aus**. Knapp die Hälfte der Befragten (43 Prozent) beurteilt die Arbeit der Großen Koalition als „eher gut“. Eine Mehrheit von 53 Prozent bewertet die Leistung der ehemaligen Regierung mit dem Attribut „mittelmäßig“. Lediglich vier Prozent sehen die Arbeit kritisch und stufen sie als „eher schlecht“ ein.

Wie beurteilen Sie abschließend die Leistung der Großen Koalition in der letzten Legislaturperiode?

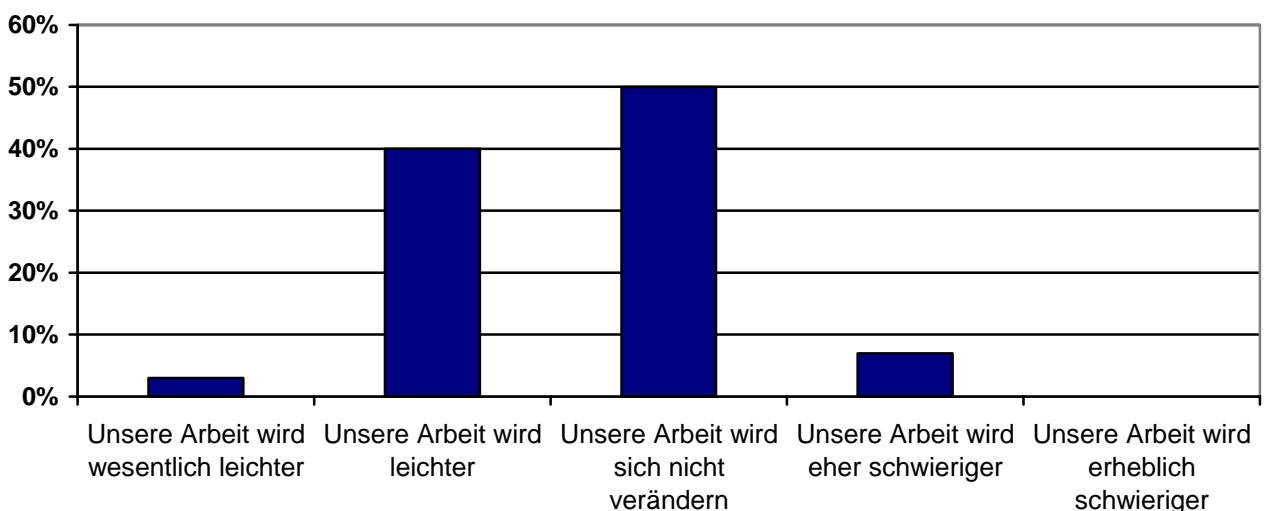


Erwartungen an die schwarz-gelbe Bundesregierung

Frage: Was meinen Sie: Wie wird sich Ihre Arbeit unter der schwarz-gelben Regierung verändern?

In einem zweiten Schritt wurden die Public Affairs-Verantwortlichen zu ihren Erwartungen an die neu gewählte Bundesregierung befragt. Insgesamt sehen die Umfrageteilnehmer zuversichtlich in die Zukunft. **40 Prozent gehen davon aus, dass ihre Arbeit unter der neuen Regierung eher leichter wird.** Wesentliche Erleichterungen erwarten drei Prozent der Public Affairs-Verantwortlichen. Dagegen gehen 50 Prozent nicht davon aus, dass sich die Arbeitsbedingungen unter der neuen Bundesregierung entscheidend verändern werden. Lediglich sieben Prozent befürchten erschwerte Arbeitsbedingungen durch die schwarz-gelbe Koalition.

Was meinen Sie: Wie wird sich die Arbeit unter der schwarz-gelben Regierung verändern?



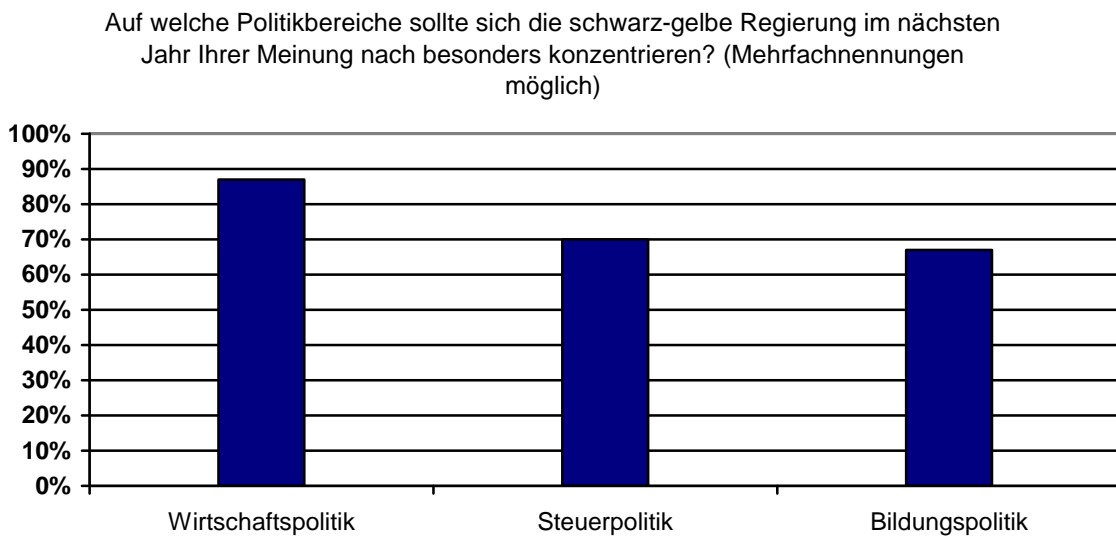
Schwerpunkte und Kompetenzen der politischen Arbeit der schwarz-gelben Bundesregierung

Frage: Auf welche Politikbereiche sollte sich die schwarz-gelbe Regierung im nächsten Jahr Ihrer Meinung nach besonders konzentrieren? (Mehrfachnennungen möglich)

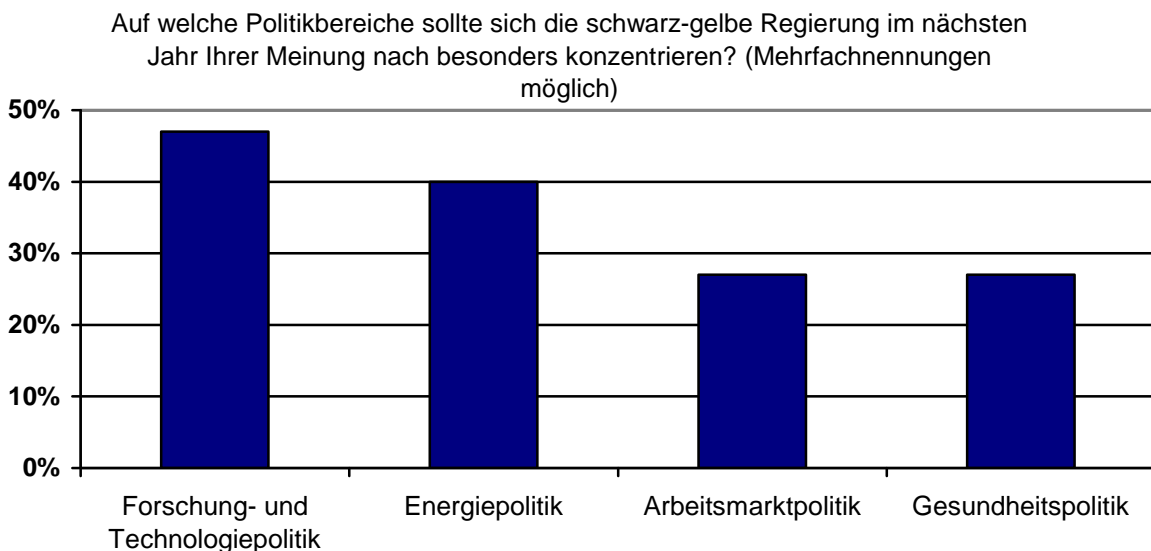
Frage: Wo erwarten Sie die Kompetenzschwerpunkte der schwarz-gelben Regierung?

Nach Meinung der Public Affairs-Verantwortlichen **sollte sich die schwarz-gelbe Regierung in der kommenden Legislaturperiode vorwiegend auf die Politikfelder Wirtschaft, Steuern und Bildung konzentrieren.** So gaben knapp 87 Prozent der Befragten an, dass der Wirtschaftspolitik die größte Bedeutung zukommen sollte.

Verstärktes Engagement wünschen sich die Interessenvertreter zudem in den Politikfeldern Steuern und Bildung (70 Prozent bzw. 67 Prozent).

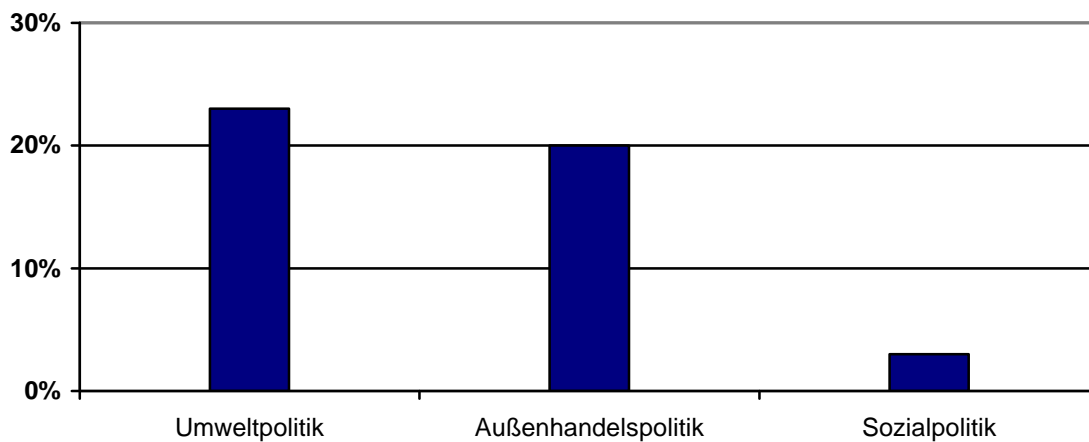


Geringere Relevanz wird der **Forschung- und Technologiepolitik** sowie dem **Bereich Energiepolitik** (47 Prozent bzw. 40 Prozent) beigemessen. Nach Ansicht der Public Affairs-Verantwortlichen sollten zukünftig auch die Politikfelder **Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik** (beide 27 Prozent) eine **untergeordnete Rolle** spielen.



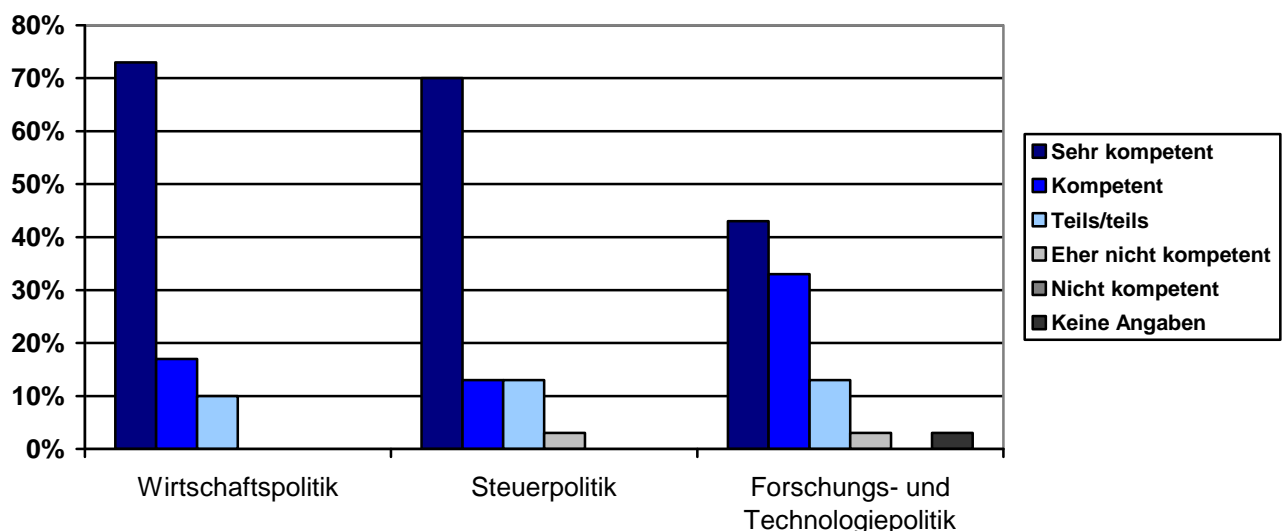
Keine große Bedeutung haben nach Ansicht der befragten Unternehmensvertreter die Felder **Umweltpolitik** (23 Prozent) sowie **Außenhandels- und Sozialpolitik** (20 Prozent bzw. 3 Prozent).

Auf welche Politikbereiche sollte sich die schwarz-gelbe Regierung im nächsten Jahr Ihrer Meinung nach besonders konzentrieren?
(Mehrfachnennungen möglich)



Gefragt wurden die Public Affairs-Entscheider auch, wo sie die Kompetenzen der neuen Bundesregierung sehen. Besonders kompetent erscheint die schwarz-gelbe Koalition den Befragten vor allem in der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Hierfür sprachen sich 73 bzw. 70 Prozent der Unternehmensvertreter aus. Auch in der Forschungs- und Technologiepolitik sind die Erwartungen an die Regierung hoch. 43 Prozent der Befragten bewerten Angela Merkel und ihr Kabinett in diesem Politikfeld als sehr fachkundig.

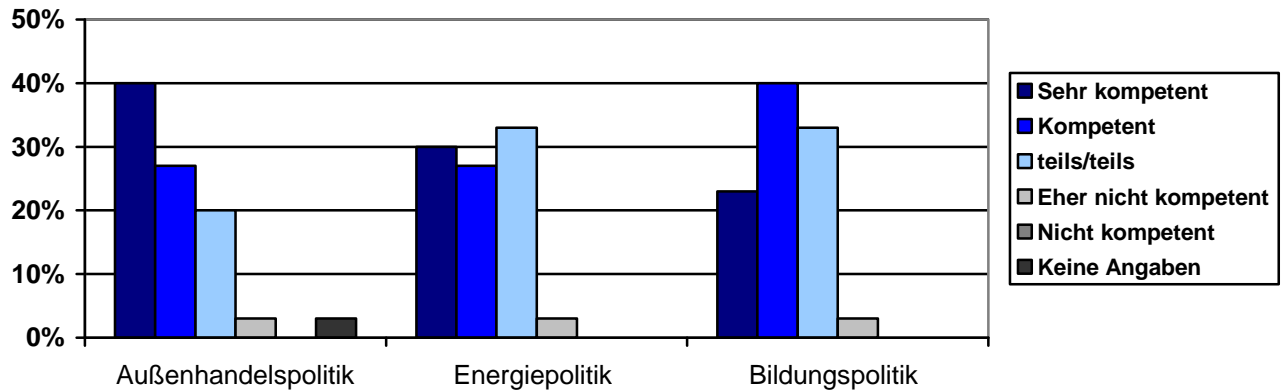
Wo erwarten Sie die Kompetenzschwerpunkte der schwarz-gelben Regierung?



Etwas skeptischer beurteilen die Befragten die Expertise der Regierung in der Außenhandelspolitik sowie in der Energie- und Bildungspolitik. In Fragen des Außenhandels ist die neue Bundesregierung nach Ansicht von 40 Prozent der Befragten sehr kompetent. 27 Prozent glauben, dass die schwarz-gelbe Koalition in diesem

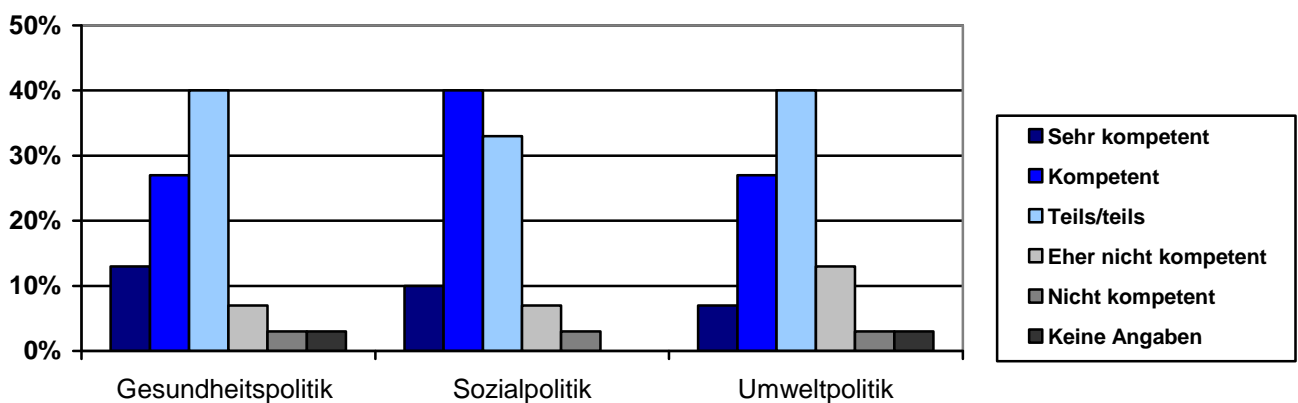
Politikfeld kompetent ist. In der Energie- und Bildungspolitik schätzen 30 Prozent bzw. 23 Prozent die neue Bundesregierung als sehr kompetent ein.

Wo erwarten Sie die Kompetenzschwerpunkte der schwarz-gelben Regierung?



Geringere Erwartung an die Expertise der schwarz-gelben Regierung haben die Interessenvertreter in Fragen der Gesundheits-, Sozial- und Umweltpolitik. So halten beispielsweise 40 Prozent der Befragten die neue Regierung in der Gesundheitspolitik für teilweise kompetent. Ähnliches gilt für sozial- und umweltpolitische Themen (hier antworteten 33 bzw. 40 Prozent mit „Teils/teils“).

Wo erwarten Sie die Kompetenzschwerpunkte der schwarz-gelben Regierung?



Ergebnisse – Teil I, Block II

Im zweiten Abschnitt wurden die Public Affairs-Verantwortlichen hinsichtlich der Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Public Affairs-Branche im Allgemeinen sowie auf ihr Unternehmen im Speziellen befragt.

Ökonomische Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Frage: Spüren Sie Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Ihre Public Affairs-Arbeit?

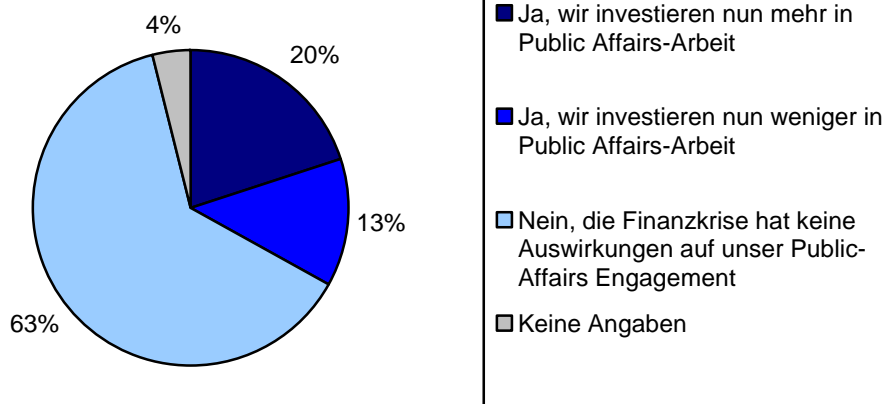
Frage: Wie hat sich die Krise auf Ihre Public Affairs-Arbeit ausgewirkt?

Frage: Welche Auswirkungen hat die Finanzkrise auf die Personalsituation in Ihrer Public Affairs-Abteilung?

Frage: Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 2010 ein?

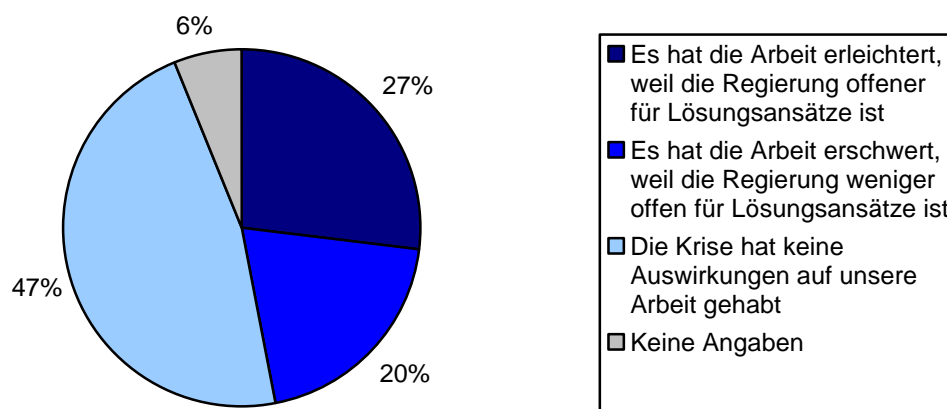
Eines der prägenden Themen des Jahres 2009 war die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftssektoren scheint die Public Affairs-Branche verhältnismäßig gut mit der Krise zurecht zu kommen. Knapp zwei Drittel der Befragten spüren keine direkten Auswirkungen der Krise auf ihre Arbeit. 20 Prozent geben an, ihr Public Affairs-Engagement in diesen Zeiten sogar noch zu erhöhen. Nur 13 Prozent der Unternehmen investieren auf Grund der Krise weniger in die politische Interessenvertretung.

Spüren Sie Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Ihre Public Affairs-Arbeit?



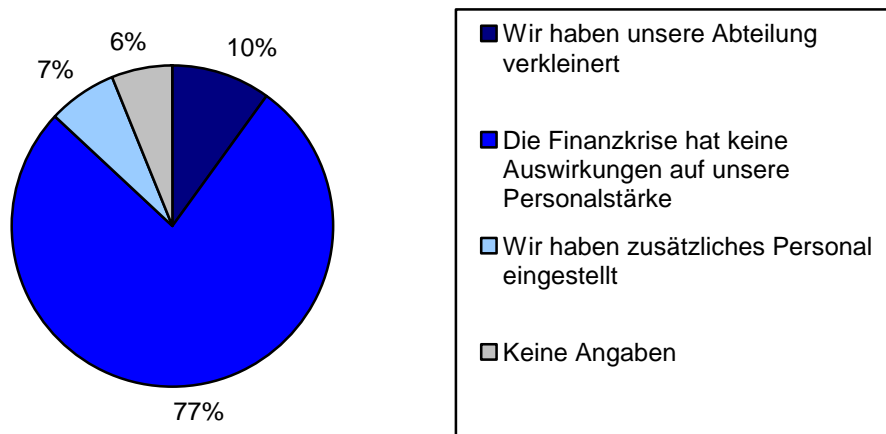
Wie aber gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Regierung in Zeiten der Krise? Hier ergab sich ein differenziertes Bild: Während 47 Prozent keine signifikanten Veränderungen feststellen konnten, gaben 27 Prozent der Umfrageteilnehmer an, dass sich die Zusammenarbeit in der Krise verbessert hat. Grund dafür sei die gestiegene Offenheit der Bundesregierung für externe Lösungsansätze. 20 Prozent der Befragten waren dagegen der Ansicht, dass sich ihre Arbeit in der Krise eher schwieriger gestaltet, da die Bundesregierung weniger zugänglich für Lösungsvorschläge aus der Wirtschaft geworden sei.

Wie hat sich die Krise auf Ihre Public Affairs-Arbeit ausgewirkt?



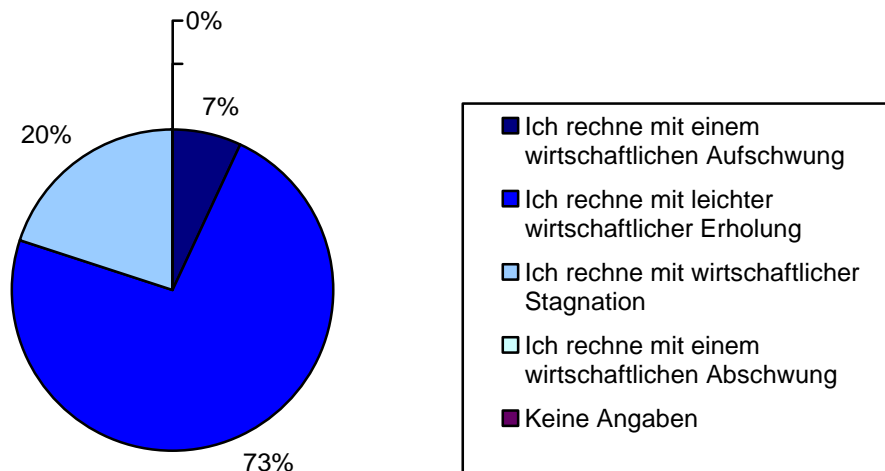
Auf die Personalstärke der Public Affairs-Abteilungen wirkt sich die Finanz- und Wirtschaftskrise nur geringfügig aus. So gaben mehr als drei Viertel der Umfrageteilnehmer an, dass es an der Personalsituation in ihren Public Affairs-Departments trotz der Krise keine Veränderungen gab. Nur jedes zehnte Unternehmen hat auf Grund der Krise Mitarbeiter im Bereich politische Interessenvertretung eingespart. Dem stehen sieben Prozent der befragten Unternehmen gegenüber, die die Anzahl ihrer Public Affairs-Mitarbeiter (trotz wirtschaftlich angespannter Lage) erhöht haben.

Welche Auswirkungen hat die Finanzkrise auf die Personalsituation in Ihrer Public Affairs-Abteilung?



Die geringfügige Veränderung der Beschäftigungssituation mag auch an der zuversichtlichen Einstellung bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland liegen. So rechnen knapp drei Viertel der befragten Unternehmensvertreter im nächsten Jahr mit einer leichten wirtschaftlichen Erholung, sieben Prozent gehen sogar von einem wirtschaftlichen Aufschwung aus. Demgegenüber glauben 20 Prozent, dass die Politik in Deutschland im kommenden Jahr mit einer stagnierenden Wirtschaft konfrontiert wird. Von einem weiteren wirtschaftlichen Abschwung geht keines der befragten Unternehmen aus.

Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 2010 ein?



Interessenvertretung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise

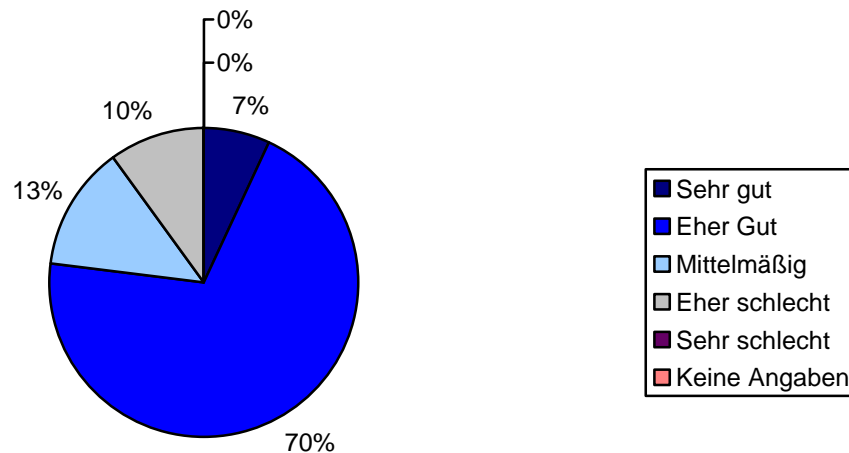
Frage: Wie beurteilen Sie nachträglich die Maßnahmen der Großen Koalition zur Bekämpfung der Krise?

Frage: Wie hat sich die Bereitschaft der Bundesregierung, externen Sachverstand einzuholen, während der Krise verändert?

Frage: Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 2010 ein?

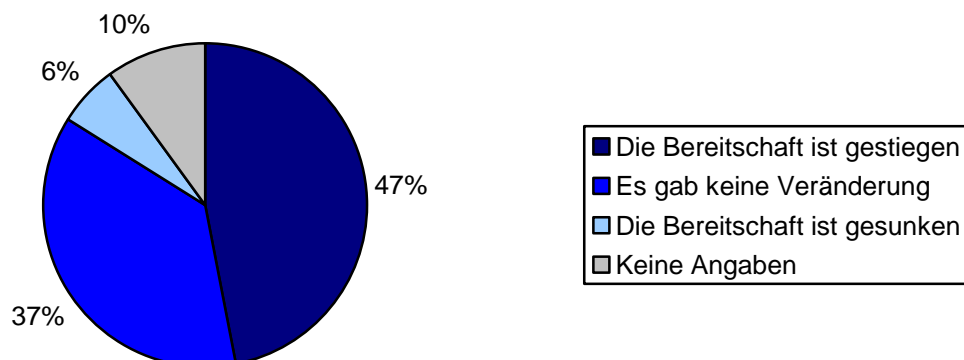
Bereits im ersten Abschnitt der Public Affairs-Umfrage 2009 stellten die befragten Interessenvertreter der Großen Koalition ein wohlwollendes Zeugnis aus. Grund für diese positive Einschätzung mögen unter anderem die Maßnahmen der Politik zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise sein, die von den Public Affairs-Entscheidern fast ausschließlich positiv bewertet werden. 70 Prozent der Befragten halten die von Seiten der Regierung initiierten Maßnahmen für „eher gut“, sieben Prozent sogar für „sehr gut“. Kritisch äußert sich nur knapp ein Fünftel der Befragten: Während 13 Prozent die Maßnahmen der Bundesregierung mit dem Attribut „mittelmäßig“ quittieren, bewerten zehn Prozent das staatliche Handeln in der Krise als „eher schlecht“.

Wie beurteilen Sie nachträglich die Maßnahmen der Großen Koalition zur Bekämpfung der Krise?



Das positive Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik liegt auch an der gestiegenen Bereitschaft der Bundesregierung externen Sachverstand einzuholen. So gibt etwa die Hälfte der Umfrageteilnehmer an, dass die Bundesregierung in der Krise bereitwilliger auf externen Sachverstand zurückgreift. 37 Prozent konnten keine Veränderung feststellen. Lediglich sechs Prozent haben das Gefühl, die Regierung sei in der Krise weniger offen für Lösungsansätze aus der Privatwirtschaft. Hier zeigt sich eine signifikante Veränderung zur letztjährigen Public Affairs-Umfrage. So attestierte im Jahr 2008 noch jeder fünfte Befragte der Bundesregierung eine geringe Bereitschaft auf externen Sachverstand aus der Wirtschaft zurückzugreifen.

Wie hat sich die Bereitschaft der Bundesregierung, externen Sachverstand einzuholen, während der Krise verändert?



Ergebnisse – Teil I, Block III

Zum ersten Mal beschäftigt sich die diesjährige Public Affairs-Umfrage von Publicis Consultants | Deutschland mit dem öffentlichen Ansehen der Public Affairs-Branche. Zudem beantworteten die Umfrageteilnehmer Fragen zu den Auswirkungen eines möglichen Lobbyregisters nach EU-Vorbild auf ihre nationale Public Affairs-Tätigkeit.

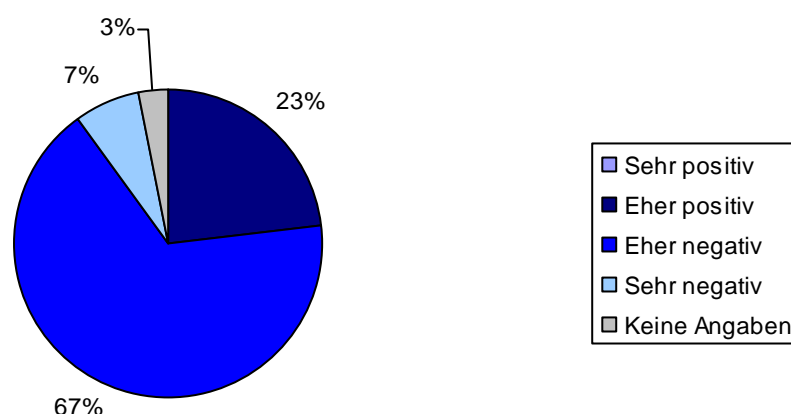
Öffentliches Ansehen der Public Affairs-Branche

Frage: Wie schätzen Sie das öffentliche Ansehen der Public Affairs-Branche ein?

Frage: Wie hat sich das Ansehen der Public Affairs-Branche Ihrer Meinung nach in den letzten Jahren entwickelt?

Etwa zwei Drittel der Befragten schätzen das öffentliche Ansehen ihrer Branche eher negativ ein. Sieben Prozent gehen sogar von einem sehr negativen Image der Public Affairs-Branche aus. Nur 23 Prozent glauben dagegen, dass ihr Berufsstand in der Öffentlichkeit eher positiv wahrgenommen wird.

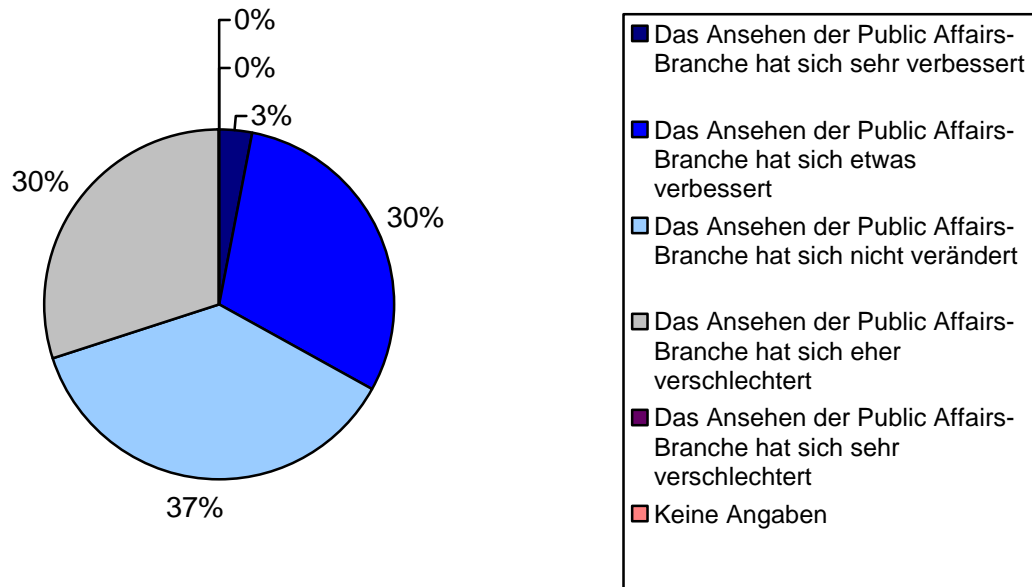
Wie schätzen Sie das öffentliche Ansehen der Public Affairs-Branche ein?



Kein klares Bild ergab sich bei der Frage, wie sich das Ansehen der Public Affairs-Branche in den letzten Jahren entwickelt hat. Hier waren sich die Teilnehmer der Umfrage uneins. 30 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass sich das

Branchenimage in den letzten Jahren etwas verbessert hat. Ebenso viele widersprachen dieser Meinung und gaben an, dass sich das Image eher verschlechtert hat. 37 Prozent konnten keine Veränderung im öffentlichen Ansehen feststellen.

Wie hat sich das Ansehen der Public Affairs-Branche Ihrer Meinung nach in den letzten Jahren entwickelt?



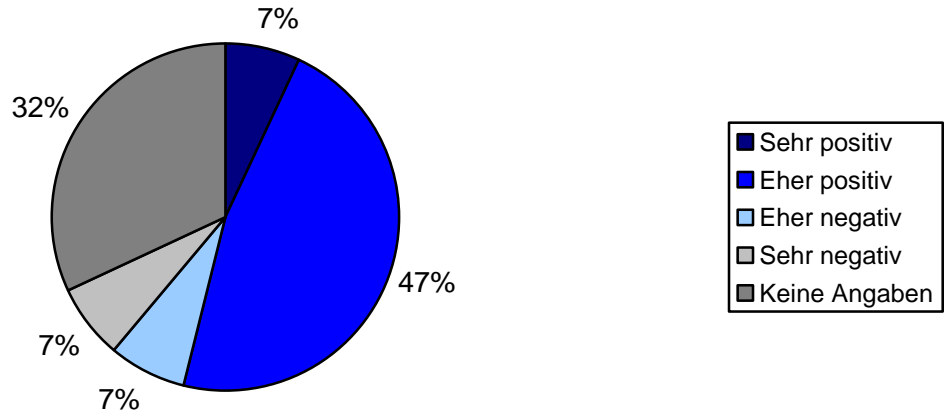
Nationales Lobbyregister

Frage: Wie glauben Sie, würde sich ein nationales Lobbyregister nach EU-Vorbild auf das Image der Public Affairs-Branche auswirken?

Frage: Wie glauben Sie, würde sich ein nationales Lobbyregister nach EU Vorbild auf Ihre Public Affairs-Arbeit auswirken?

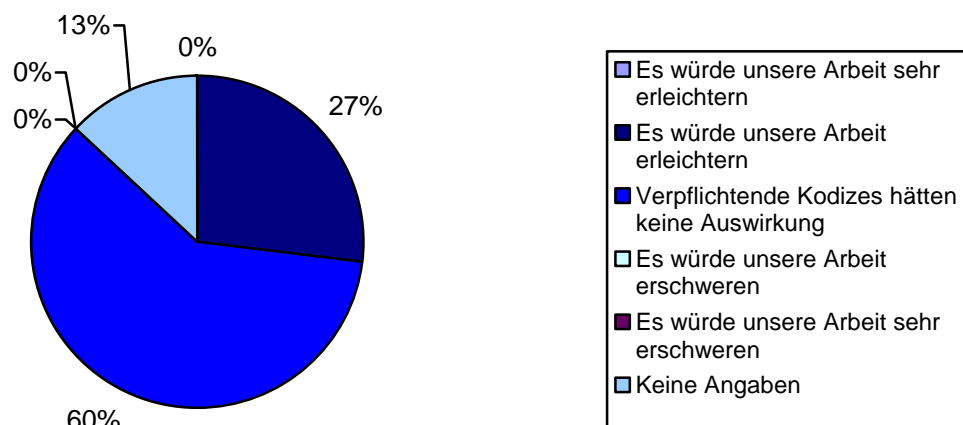
Für Diskussionen in Politik und Medien sorgte in den letzten Monaten der Vorschlag, ein Lobbyregister nach EU-Vorbild auch in Deutschland einzuführen. Dem sehen die Public Affairs-Verantwortlichen jedoch gelassen entgegen. Mehr als die Hälfte der Befragten sind der Meinung, dass sich die Einführung eines nationalen Lobbyregisters positiv auf das Ansehen der Branche auswirken würde (sieben Prozent „sehr positiv“, 47 Prozent „eher positiv“). Negative Auswirkungen auf das öffentliche Ansehen befürchten hingegen knapp 14 Prozent der Umfrageteilnehmer (sieben Prozent „eher negativ“, sieben Prozent „sehr negativ“).

Wie glauben Sie, würde sich ein nationales Lobbyregister nach EU-Vorbild auf das Image der Public Affairs-Branche auswirken?



Einschränkungen ihrer Arbeit erwarten die Interessenvertreter im Falle eines nationalen Lobbyregisters nicht. So rechnen 60 Prozent der befragten Unternehmen nicht mit Auswirkungen auf ihre Arbeit durch die Einführung von verpflichtenden Kodizes. 27 Prozent gehen davon aus, dass ein nationales Lobbyregister ihre Arbeit sogar erleichtern würde.

Wie glauben Sie, würde sich ein nationales Lobbyregister nach EU Vorbild auf Ihre Public Affairs-Arbeit auswirken?



Ergebnisse – Teil II

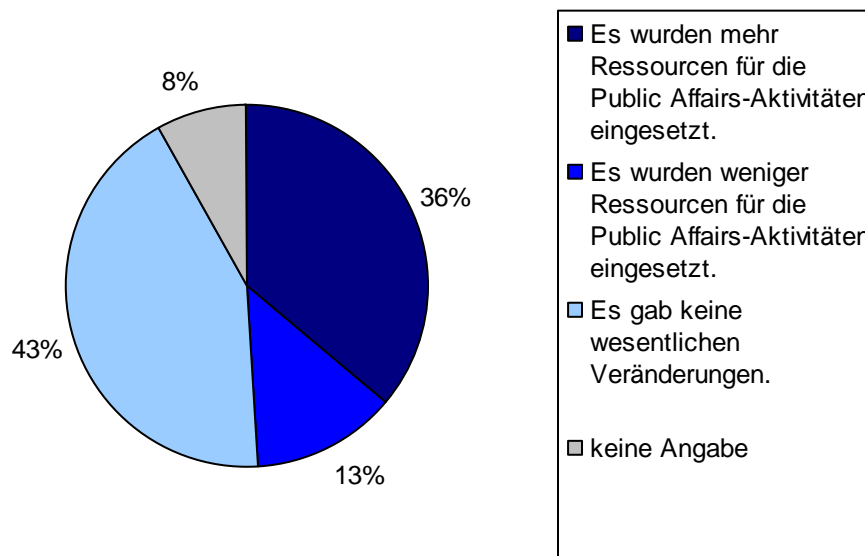
Im zweiten Teil der Umfrage wurde nach der konkreten Ausgestaltung der Public Affairs-Arbeit in den befragten Unternehmen und nach Trends in der Public Affairs-Branche gefragt. Hier ging es insbesondere um die Entwicklung der Public Affairs-Aktivitäten im Jahr 2009, um die Instrumente der politischen Kontaktpflege, um die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern und um die politischen Schwerpunkte der Unternehmen für 2010.

Investitionen in Public Affairs

Frage: Wie haben sich Ihre Public Affairs-Aktivitäten im laufenden Jahr entwickelt?

Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise **wächst die deutsche Public Affairs-Branche weiter**. Wie bereits 2008 gibt etwa ein Drittel der befragten Unternehmen an, dieses Jahr mehr Ressourcen für Public Affairs-Aktivitäten eingesetzt zu haben. Nur 13 Prozent der Unternehmen sprechen von Ressourcenkürzungen bezüglich ihrer Public Affairs-Aktivitäten im Jahr 2009. Im Jahr 2008 waren es sieben Prozent gewesen.

Wie haben sich Ihre Public-Affairs-Aktivitäten im laufenden Jahr entwickelt?

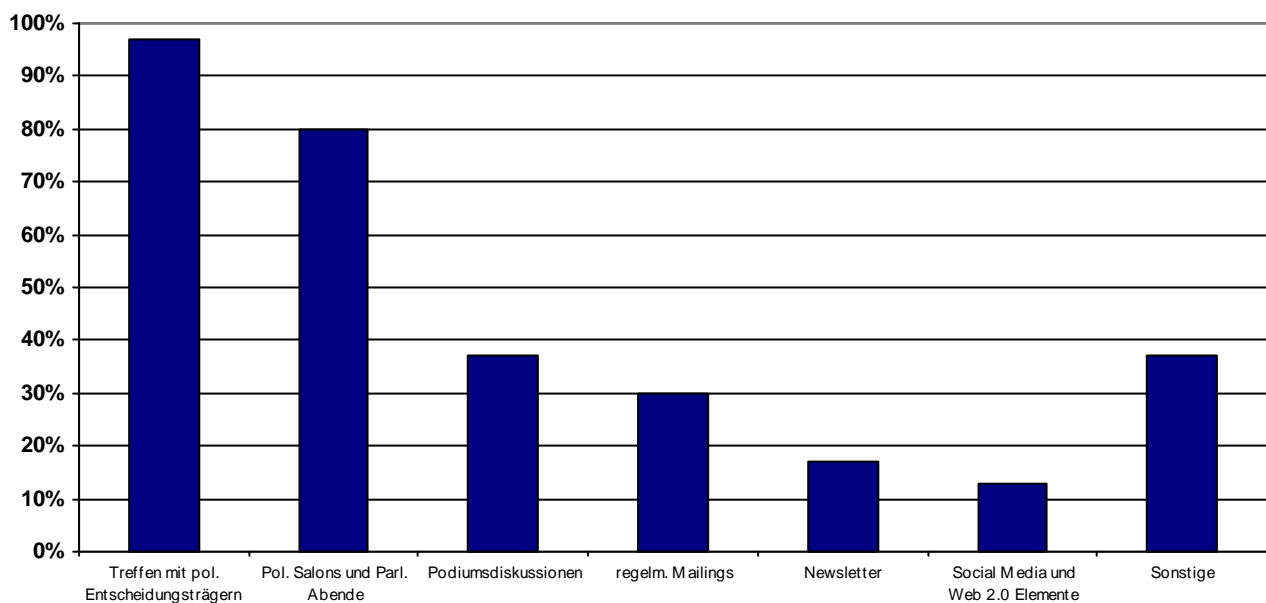


Instrumente zur politischen Kontaktpflege

Frage: Welche Instrumente nutzen Sie, um Ihre politischen Kontakte zu pflegen? (Mehrfachnennungen möglich)

Die Vertreter der Public Affairs-Branche bedienen sich größtenteils traditioneller Instrumente zur Pflege ihrer politischen Kontakte. Wie in den vergangenen Jahren sind persönliche Treffen mit relevanten politischen Entscheidungsträgern das mit Abstand am meisten genutzte Instrument zur Kontaktpflege in der Public Affairs-Arbeit. 97 Prozent der befragten Unternehmen setzen dieses Instrument ein. Auch Politische Salons und Parlamentarische Abende (80 Prozent) sowie Podiumsdiskussionen (37 Prozent) werden intensiv von den Public Affairs-Verantwortlichen genutzt. Seltener wird dagegen auf regelmäßige Mailings (30 Prozent) und Newsletter (17 Prozent) zurückgegriffen. Social Media und Web 2.0 Elemente werden in der Public Affairs noch weniger genutzt. Lediglich 13 Prozent der befragten Unternehmensvertreter setzen diese modernen Instrumente ein, um ihre politischen Kontakte zu pflegen.

Welche Instrumente nutzen Sie, um Ihre politischen Kontakte zu pflegen?
(Mehrfachnennungen möglich)



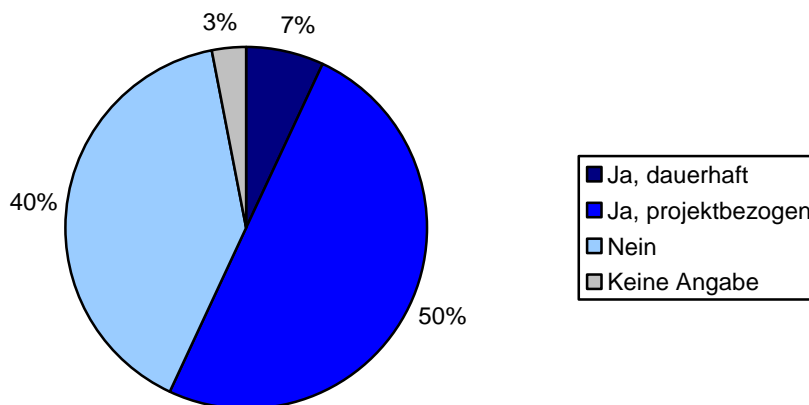
Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern

Frage: Arbeiten Sie bei der Planung und Umsetzung Ihrer Public Affairs-Strategien mit externen Beratern bzw. Agenturen zusammen?

Frage: Falls ja, nach welchen Kriterien wählen Sie diese externen Dienstleister aus?

In ihrer täglichen Public Affairs-Tätigkeit **arbeiten knapp 60 Prozent der befragten Unternehmen mit externen Beratern oder Agenturen zusammen**. Dies entspricht in etwa den Befragungsergebnissen aus 2008. Allerdings ist der Anteil derer, die auf dauerhafte externe Public Affairs-Unterstützung vertrauen, im Vergleich zum Vorjahr nochmals stark gesunken. Arbeitete im Jahr 2008 noch etwa jedes fünfte befragte Unternehmen dauerhaft mit einem externen Dienstleister zusammen, so waren es 2009 nur noch sieben Prozent. Jedes zweite Unternehmen nimmt **externe Public Affairs-Unterstützung jedoch auf Projektbasis in Anspruch**. Etwa 40 Prozent der Unternehmen verzichten bei ihrer Public Affairs-Arbeit gänzlich auf externe Unterstützung.

Arbeiten Sie bei der Planung und Umsetzung Ihrer Public Affairs-Strategien mit externen Beratern bzw. Agenturen zusammen?

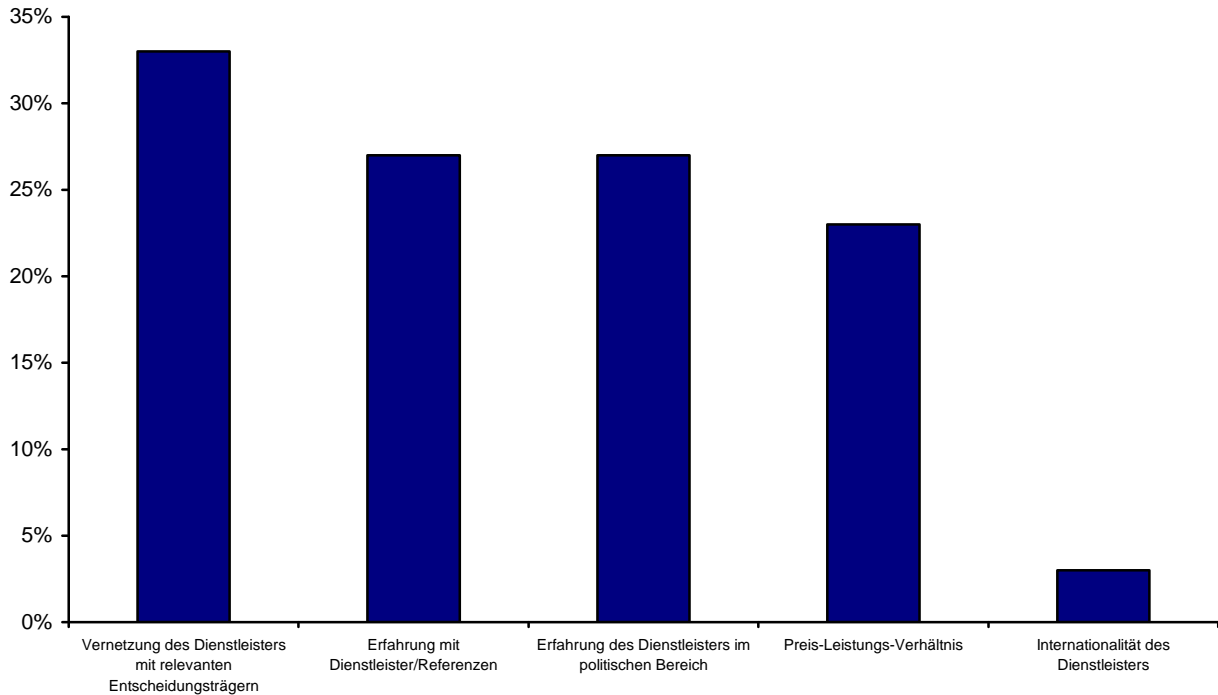


Bei der Auswahl externer Public Affairs-Dienstleister sind für 80% der befragten Unternehmen folgende Gesichtspunkte entscheidend:

- Gute Vernetzung des Dienstleisters mit relevanten Entscheidungsträgern
- Erfahrung des Dienstleisters im politischen Bereich
- Erfahrung mit dem Dienstleister / Referenzen

Eine geringere Rolle spielen das Preis-Leistungs-Verhältnis (23 Prozent) oder die Internationalität des Dienstleisters (drei Prozent).

Falls ja, nach welchen Kriterien wählen Sie diese externen Dienstleister aus? (Mehrfachnennungen möglich)

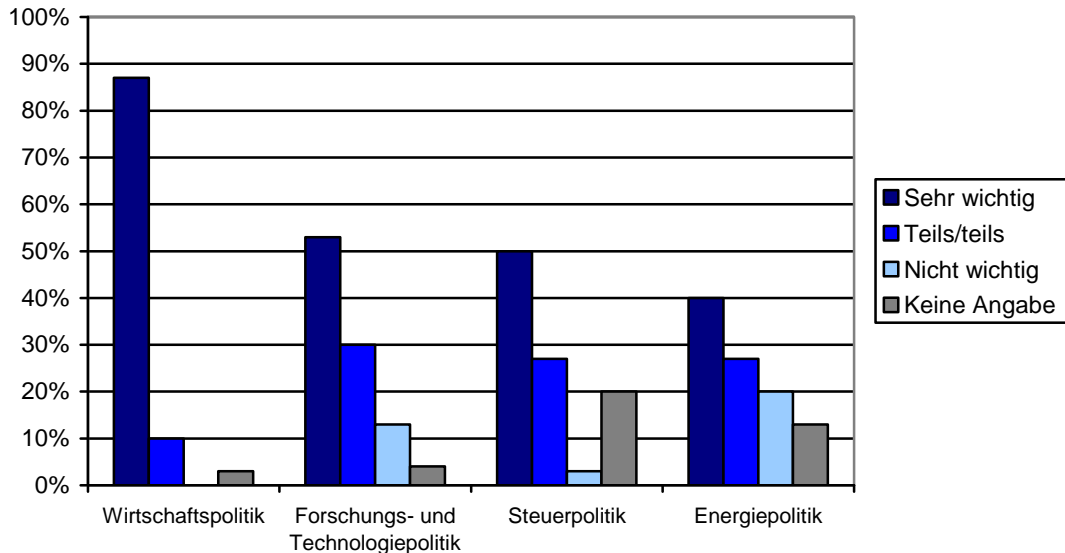


Schwerpunkte der Public Affairs 2010

Frage: Wo liegen für Ihr Unternehmen die Schwerpunkte der politischen Arbeit im nächsten Jahr auf nationaler Ebene?

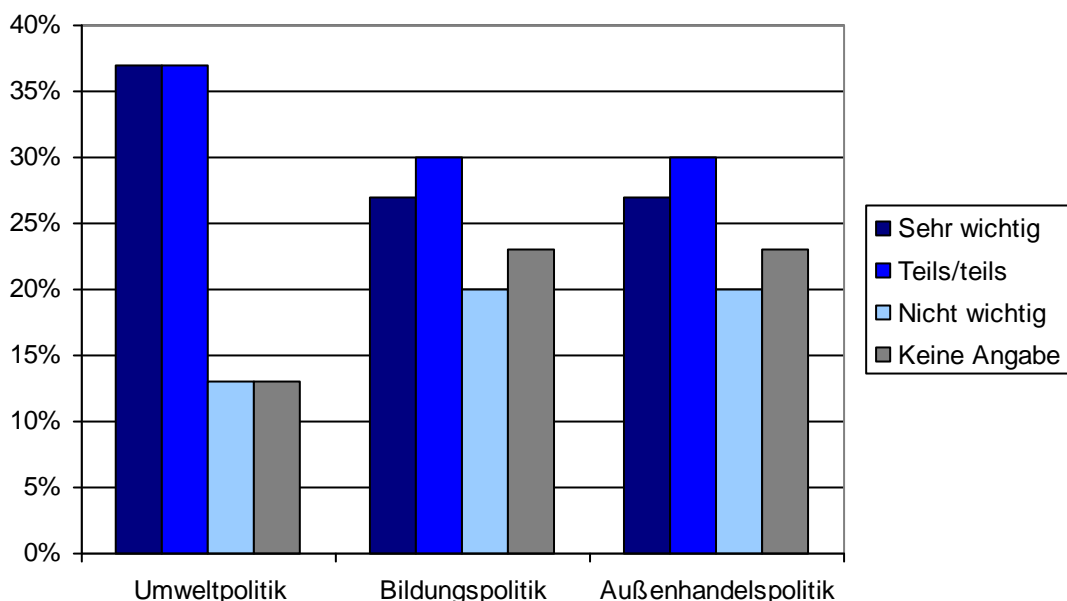
Wie schon im vergangenen Jahr liegt auch 2010 der Fokus der Public Affairs-Arbeit deutscher Unternehmen auf wirtschaftspolitischen Themen. Rund 87 Prozent sehen darin den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. An zweiter Stelle steht die Forschungs- und Technologiepolitik, deren Relevanz im Vergleich zum Vorjahr deutlich anstieg. Stand dieses Politikfeld 2008 lediglich für 37 Prozent der Umfrageteilnehmer im Fokus der Public Affairs-Aktivitäten, so spielt sie in diesem Jahr für knapp 54 Prozent eine sehr wichtige Rolle. Eine unverändert gewichtige Bedeutung kommt der Steuerpolitik zu. Die Hälfte der Umfrageteilnehmer sieht den Schwerpunkt ihrer Arbeit in diesem Politikfeld. Auch die energiepolitischen Themen bleiben weiter hoch auf der Agenda der Public Affairs-Verantwortlichen.

Wo liegen für Ihr Unternehmen die Schwerpunkte der politischen Arbeit im nächsten Jahr auf nationaler Ebene?

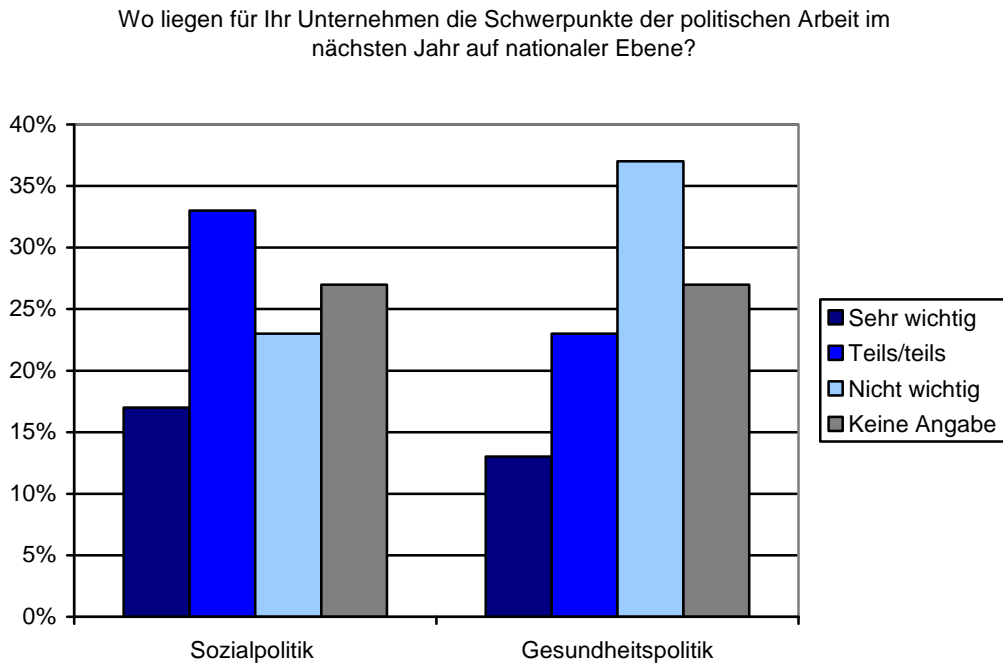


Eine auffallend große Verschiebung im Vergleich zum Vorjahr ergab sich im Bereich Umweltpolitik. Spielte diese im Jahr 2008 noch für deutlich mehr als die Hälfte der befragten Interessenvertreter eine entscheidende Rolle, so gaben in diesem Jahr nur rund ein Drittel der Unternehmen dieses Politikfeld als Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit im kommenden Jahr an.

Wo liegen für Ihr Unternehmen die Schwerpunkte der politischen Arbeit im nächsten Jahr auf nationaler Ebene?



Geringere Bedeutung kommt nach Ansicht der Public Affairs-Entscheider den Politikfeldern Bildung (27 Prozent), Außenhandel (27 Prozent), Soziales (17 Prozent) und Gesundheit (13 Prozent) zu.



Angaben zum Unternehmen

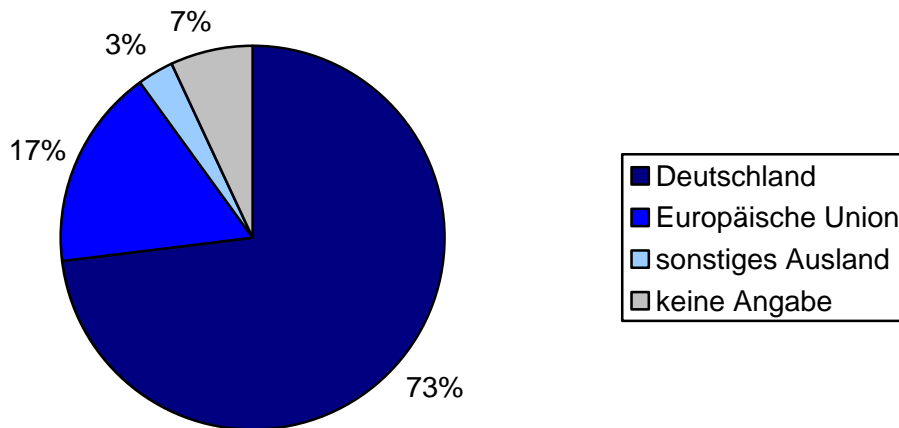
Frage: Befindet sich die Zentrale Ihres Unternehmens oder Mutterunternehmens in Deutschland oder im Ausland?

Frage: An welchen Standorten unterhält Ihr Unternehmen eigene Public Affairs-Büros?

Frage: Aus wie vielen Mitarbeitern besteht Ihre Public Affairs-Abteilung in Deutschland?

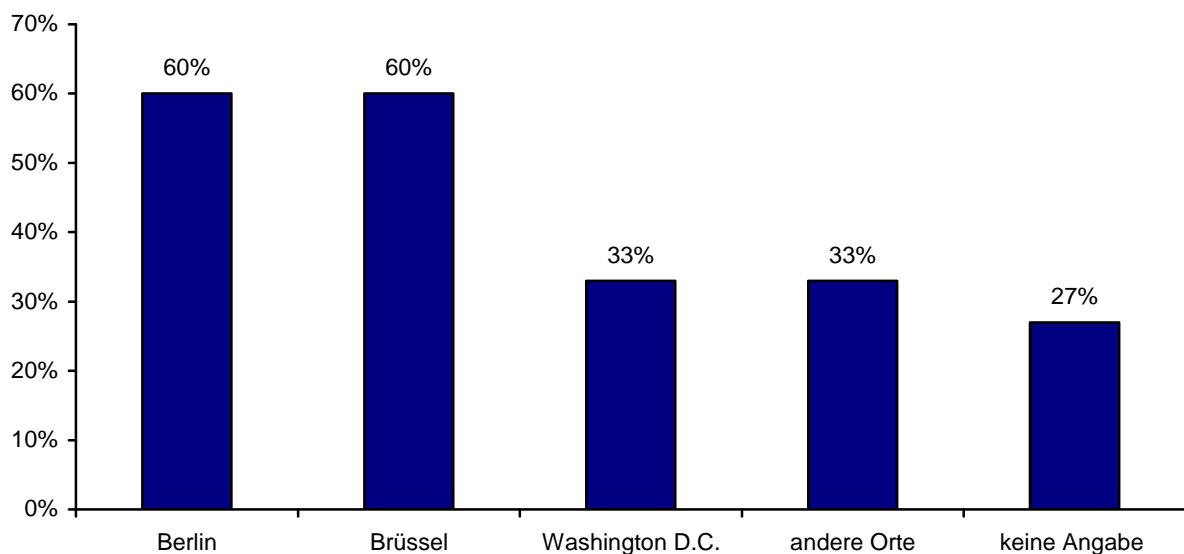
Drei Viertel der befragten Unternehmen haben ihre Zentrale in Deutschland. Bei 17 Prozent liegt der Firmensitz in einem anderen Land der Europäischen Union, bei drei Prozent im sonstigen Ausland.

Befindet sich die Zentrale Ihres Unternehmens oder Mutterunternehmens in Deutschland oder im Ausland?



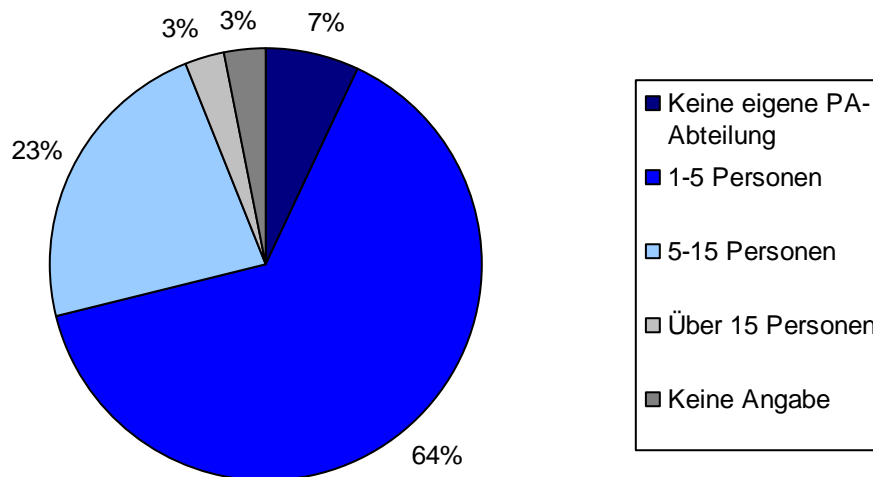
Von den befragten Unternehmen unterhalten deutlich mehr als die Hälfte eigene Public Affairs-Büros in Berlin und Brüssel. Ein Drittel der Unternehmen kann auf ein eigenes Public Affairs-Büro in Washington D.C. zurückgreifen. 33 Prozent der Umfrageteilnehmer geben an, zusätzlich (auch) an anderen Standorten mit einem eigenen Public Affairs-Büro vertreten zu sein.

An welchen Standorten unterhält Ihr Unternehmen eigene Public Affairs-Büros?



Was die personelle Größe der Public Affairs-Abteilungen angeht, vertrauen die Unternehmen unverändert auf kleine Abteilungen. 64 Prozent der Unternehmen beschäftigen in ihrer Public Affairs-Abteilung zwischen einer und fünf Personen. Knapp ein Viertel der befragten Unternehmen beschäftigt zwischen fünf und 15 Mitarbeiter in seiner Public Affairs-Abteilung. Nur drei Prozent geben an, dass sie mehr als fünfzehn Personen für ihre Public Affairs-Arbeit beschäftigen. Sieben Prozent besitzen keine eigene Public Affairs-Abteilung.

Aus wie vielen Mitarbeitern besteht Ihre Public Affairs-Abteilung in Deutschland?



Kontakt:

Informationen zur Public Affairs-Umfrage 2009 und zu älteren Umfragen können Sie auch auf unserer Homepage abrufen:

www.publicis-consultants.de/html/pages/research_studien.htm

Bei Rückfragen steht Ihnen Andreas Münzinger telefonisch (030-820 82 524) oder per Email (andreas.muenzinger@publicis-consultants.de) gerne zur Verfügung.